

Entschiebung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa über die Fortschritte zur Verwirklichung eines gemeinsamen Marktes und Euratom (19.-20. September 1956)

Legende: Am 19. und 20. September 1956 tagt das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa in Paris und verabschiedet eine Entschiebung über die Fortschritte im Bereich der friedlichen Entwicklung der Atomenergie und zur Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes.

Quelle: Sammlung der Pressemitteilungen und Erklärungen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa 1955-1965. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1966. 131 S. p. 21-27.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/entschlie%C3%9Fung_des_aktionskomitees_fur_die_vereinigten_staaten_von_europa_uber_die_fortschritte_zur_verwirklichung_eines_gemeinsamen_marktes_und_euratom_19_20_september_1956-de-05cefa9c-3e0b-4d29-8d5a-7801ba71a2d1.html



Publication date: 05/11/2015

Entschließung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa über die Fortschritte zur Verwirklichung eines gemeinsamen Marktes und Euratom (19.-20. September 1956)

Einleitung

Auf seiner dritten Tagung am 19. und 20. September in Paris ¹ hat das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa die Fortschritte geprüft, die seit seiner ersten Tagung am 17. und 18. Januar 1956 auf dem Gebiet der friedlichen Entwicklung der Atomenergie und der Verwirklichung eines gemeinsamen Marktes erzielt worden sind.

1. Wie vereinbart, haben die parlamentarischen Mitglieder des Komitees die am 18. Januar angenommene Erklärung den Parlamenten der Bundesrepublik, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande vorgelegt. Damit haben die Abgeordneten den Parlamenten die Aktionsziele unterbreitet, die erreicht werden müssen, um die friedliche Entwicklung der Atomenergie zu gewährleisten.

2. Das Komitee hat festgestellt, daß die Abstimmungen des Bundestages, der belgischen Repräsentanten-Kammer, der Zweiten Kammer der Generalstände der Niederlande, der Abgeordneten-Kammer von Luxemburg und der Nationalversammlung sowie des Rates der französischen Republik sämtlich die in der Erklärung vom 18. Januar als wesentlich bezeichneten Punkte bestätigt haben. Es hat die Folge geprüft, die sich aus der Entscheidung der französischen Regierung für den Euratom-Vertrag ergeben, insbesondere soweit es sich um die Kontrolle, das Eigentum und die Verwendung des spaltbaren Materials handelt. Das Komitee erwartet, daß es unter diesen Umständen möglich bleiben wird, eine lückenlose Kontrolle alles spaltbaren Materials in Übereinstimmung mit seiner Erklärung vom 18. Januar sicherzustellen. Es hat zur Kenntnis genommen, daß nach französischer Auffassung die Kontrolle von Euratom über das spaltbare Material und das Eigentum Euratoms hieran sich auch auf das Material erstrecken müßte, das letzten Endes für militärische Zwecke verwendet würde. Das Komitee hat die Außenminister erneut darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeber an den Arbeiten von Euratom — und zwar in einem Beratenden Ausschuß — zu beteiligen.

3. In Venedig haben die Außenminister am 20. Mai dieses Jahres beschlossen, von den Arbeiten, welche die Sachverständigen seit Juli 1955 geleistet haben, zur Ausarbeitung der Verträge über Euratom und den gemeinsamen Markt überzugehen. Die Konferenz, die am 26. Juni unter dem Vorsitz von P. H. Spaak in Brüssel eröffnet wurde, hat mit der Ausarbeitung dieser Verträge begonnen.

Das Komitee hat die folgende Entschließung angenommen und beschlossen, die an der Brüsseler Konferenz teilnehmenden Regierungen mit dieser Entschließung zu befassen.

Entschließung

I.

Die Ereignisse dieses Sommers haben gezeigt, daß in der heutigen Welt nur ein Vereintes Europa gehört und geachtet wird. Wir fordern unsere Regierungen auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Abschluß des Vertrages über den gemeinsamen europäischen Markt sowie die Beendigung der von der OEEC begonnenen Untersuchung über die Einbeziehung dieses gemeinsamen Marktes in eine Freihandelszone unter Einbeziehung des Vereinigten Königreiches und der anderen Mitgliedstaaten der OEEC zu beschleunigen. Aber das schwerwiegendste und dringlichste Problem ist gegenwärtig für unsere Länder dem wachsenden Energiedefizit, das sie einer gefährlichen Bedrohung des Friedens aussetzt, zu begegnen. Um dieses Problem zu lösen, müssen sich unsere Länder einigen. Seine Lösung ist nur ein Schritt, aber dieser muß eine entscheidende Etappe für die Verwirklichung eines gemeinsamen Marktes sein.

II.

Die Energieversorgung Westeuropas bestimmt Fortschritt oder Niedergang unserer Länder. Amerika und die Sowjetunion erzeugen die von ihnen gebrauchte Energie selbst. Westeuropa ist der einzige industrielle Großraum der Welt geworden, der die notwendige Energie für seine Entwicklung nicht selbst erzeugen kann. Sein Wirtschaftsleben könnte in naher Zukunft durch eine Unterbrechung seiner Erdöleinfuhren aus dem Mittleren Osten lahmgelegt werden. Wenn diese Einfuhren heute zum Teil ausfallen würden, so wäre es möglich, sie zu ersetzen. Wenn aber nichts geschieht, um die Atomenergie in Westeuropa rasch weiterzuentwickeln, so wäre dies morgen angesichts unseres zunehmenden Bedarfs nicht mehr möglich. Unsere Länder führen gegenwärtig umgerechnet 70 Millionen Tonnen Kohle ein. Das ist mehr als die Gesamtförderung der französischen Gruben. In zehn Jahren müßten unsere Länder von außerhalb ihres Gebietes umgerechnet 125 Millionen Tonnen Kohle beziehen: Das ist soviel wie die Ruhr fördert. In zwanzig Jahren müßte sie mehr als 200 Millionen Tonnen einführen. Das entspricht nahezu der Gesamtförderung der belgischen, deutschen, französischen, italienischen und niederländischen Zechen.

Noch schlechter erscheinen die Aussichten, wenn man nicht nur die Länder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, sondern ganz Westeuropa einschließlich Großbritanniens berücksichtigt. Westeuropa führt heute ein Fünftel der von ihm verbrauchten Energie ein. In zehn Jahren werden sich diese Einfuhren auf etwa ein Drittel seines Bedarfs belaufen. Der größte Teil dieser Einfuhrmenge besteht aus Erdöl aus dem Mittleren Osten. Eine solche Abhängigkeit führt zu Unsicherheit und stellt ständige Gefahren für Konflikte dar. Sie beeinträchtigt die Herstellung einer Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und unterentwickelten Ländern, die unerlässlich ist, um die vom Schicksal benachteiligten Völker der Welt aus ihrer Notlage zu befreien. Die Möglichkeit, auf Westeuropa mit Hilfe des Erdöls des Mittleren Ostens einen Druck auszuüben, läuft somit der Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen Westeuropa, Afrika und Asien sowie zwischen Ost und West zuwider.

In dieser Hinsicht ist die Suez-Krise eine ernste Warnung. Selbst wenn sie, wie wir hoffen, auf friedliche Weise geregelt wird, bleibt doch die grundlegende Störung des Gleichgewichtes, welche die Erhaltung des Friedens bedroht, bestehen: die Schwäche und die zunehmende Abhängigkeit Westeuropas hinsichtlich seiner Versorgung mit Energie.

III.

Trotz der neuen Öl- und Erdgasvorkommen, die in unseren Ländern und in Afrika gefunden worden sind und deren Entwicklung eine gemeinsame Aktion fordert, erschien bis vor kurzem eine Verschlechterung der gegenwärtigen Lage noch unvermeidlich. Dies ist jetzt nicht mehr der Fall. Wir haben Glück, daß die Erzeugung von Atomenergie eine praktische Möglichkeit geworden ist, wie es die bereits erzielten Ergebnisse in Großbritannien und die noch größeren Anstrengungen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten gezeigt haben. Gewiß verfügt keines unserer Länder über Mittel, die mit denen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verglichen werden können. Selbst Großbritannien besitzt auf Grund der Anstrengungen, die es in den vergangenen zehn Jahren unternommen hat, bedeutendere Mittel als wir. Zusammen aber können unsere Länder, wenn sie ihre Hilfsquellen entwickeln und vereinigen, dazu gelangen, Atomenergie rechtzeitig und in genügenden Mengen zu erzeugen, um ihre Erdöl- und Kohle-Einfuhren in vernünftigen Grenzen aufrechtzuerhalten. Deshalb stellen Euratom und eine bedeutende Entwicklung der nationalen Programme für jedes unserer Länder Lebensnotwendigkeiten dar.

Die Verwirklichung von Euratom ist in der Tat unerlässlich, um ihren Lebensstandard zu heben und ihre Unabhängigkeit sowie die Zukunft des Friedens zu gewährleisten. Sie wird es, dank der Zusammenlegung der europäischen Hilfsquellen, und, wenn wir gemeinsam alle erforderlichen Anstrengungen unternehmen, gestatten, in einigen Jahren auf dem Boden unserer Länder eine neue Energiequelle zu erschließen. Gleichzeitig wird sie den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ermöglichen, den unsere Länder erzielen können, wenn sie über die Energie verfügen, die zur ständigen Steigerung ihrer Produktion unbedingt erforderlich ist. Die Verwirklichung von Euratom eröffnet unseren Industrien auf dem Gebiet der Atomenergie Möglichkeiten, die denen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vergleichbar sind und läßt unsere Wirtschaft den Nutzen aus neuen Verfahren ziehen, die in Zukunft die Entwicklungsfähigkeit und die Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen der Welt bestimmen werden. Die Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 22. Februar 1956, durch die der übrigen Welt 20 Tonnen Uran 235

zur Verfügung gestellt werden, um die friedlichen Verwendungszwecke der Atomenergie zu fördern, wird es — wenn wir einen ausreichend großen Teil dieser 20 Tonnen erhalten — gestatten, die Ergebnisse der gemeinsamen Anstrengungen unserer Länder rascher zu erzielen.

IV.

Die Verhandlungen in Brüssel müssen daher so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden. Aus diesem Grunde fordert das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa die Regierungen, die an der Brüsseler Konferenz teilnehmen, sowie deren Parlamente auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Euratom-Vertrag vor Ende des Jahres zur Ratifizierung vorzulegen, damit Euratom zu Beginn des nächsten Jahres seine Arbeit aufnehmen kann. Dies ist auf Grund der in Brüssel seit Juli 1955 geleisteten Arbeit möglich, wenn man hinsichtlich Versorgung, Eigentum und Kontrolle der spaltbaren Stoffe die Lösungen übernimmt, die sich sowohl in England als auch in den Vereinigten Staaten mit Erfolg bewährt haben.

Auf einem so neuen Gebiet, wie dem der Atomenergie, ist es unmöglich, alles vorausszusehen. Daher muß der Vertrag einfach abgefaßt sein. Die Institutionen, die er definieren wird, müssen eine Beteiligung der Regierungen und Parlamente sowie die Zusammenarbeit mit Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Vertretern der Verbraucher enthalten (unter anderem bei der Verwaltung der vorgesehenen Agence Commerciale sowie des gemeinsamen Ausbildungszentrums von Atomspezialisten und zur Ausarbeitung der Sicherheitsnormen, denen die Atomanlagen entsprechen müssen).

Die Institutionen müssen die notwendigen Maßnahmen treffen können, um im Rahmen der Grundsätze des Vertrages im Lichte der gemachten Erfahrungen neuen Situationen begegnen zu können. Da die Zusammenarbeit der einzelnen Länder auf den verschiedenartigsten Gebieten vom Unterricht bis zum Gesundheitswesen erforderlich ist, muß Euratom sämtliche Arten der Zusammenarbeit zwischen möglichst vielen europäischen Staaten fördern und unterstützen. Das Komitee stellt fest, daß weder Unvereinbarkeit noch Widerspruch zwischen seinen Bemühungen und den von der OEEC zur Schaffung einer Zusammenarbeit auf einer anderen Ebene unternommenen Bemühungen besteht. Ferner ist es angesichts der Dringlichkeit der großen Anstrengungen, die zu vollbringen sind, unerläßlich, daß die Parlamente, die Regierungen und die Öffentlichkeit wissen — und zwar jetzt wissen, ohne daß die Ingangsetzung von Euratom abgewartet wird — welche Mengen an Atomenergie in unseren Ländern zum frühesten Zeitpunkt erzeugt werden können, und wie dies erreicht werden kann.

Aus diesem Grunde fordert das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa die Regierungen, die an der Brüsseler Konferenz teilnehmen, auf, gleichzeitig mit den Verhandlungen über den Vertrag die Grundzüge eines Programms festzulegen, nämlich:

- a) das Produktionsziel, das sich die Euratom-Länder setzen müssen;
- b) die kürzeste Frist, innerhalb derer Atomkraftwerke in diesen Ländern errichtet und in Betrieb genommen werden können;
- c) die Mittel für die unverzügliche Inangriffnahme dieses Programms, die Gesamtheit der Hilfsquellen, die seine Durchführung erfordert, das gemeinsame Budget und die erforderlichen gemeinsamen Anlagen sowie die Rolle, welche die amerikanische und britische Mitarbeit spielen könnte.

Zu diesem Zweck schlagen wir vor, daß der Rat der Außenminister in Anwendung der Verfahren des „Wise-Men“, das sich schon bei anderen Gelegenheiten bewährt hat, drei hervorragende Persönlichkeiten beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden der Brüsseler Konferenz ihm innerhalb von zwei Monaten einen Bericht in Beantwortung dieser Fragen zu unterbreiten.

(1) Das Komitee hat seine zweite Tagung im Juni 1956 abgehalten. Während dieser Tagung wurde keine EntschlieÙung veröffentlicht.

